

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend

Herausgeber: Westberliner Zeitungsgesellschaft mbH · Verantwortlich für den Inhalt: Carl L. Guggomos · Redaktion und Verlag: 1000 Berlin 15, Wielandstraße 27, Telefon 8 83 40 74 · Dieser Dienst ist nur für persönliche Information bestimmt · Zeitungs-, Funk- und Fernsehredaktionen setzen sich wegen Nachdruck und sonstiger Auswertung mit der Redaktion in Verbindung · Bezugsbedingungen: Inland monatlich DM 5,00 (inklusive Porto); Ausland: Inlandsabonnement plus Porto · Bankverbindung: Bank für Gemeinwirtschaft Berlin, Konto 47 12 (Postschecknummer der BfG 828 00)

**BERLINER
EXTRA
DIENST**

Verantwortlich i. V.
Martin Buchholz

13. März 1968 - 21/II
Einzelpreis DM 0.75

SOLIDARITÄT MIT POLNISCHEN STUDENTEN: DEMONSTRATION IN WESTBERLIN

Die Unterzeichner des offenen Briefes an den polnischen Ministerpräsidenten fordern in einer Erklärung die demokratischen Kräfte Westberlins auf, sich heute an einer Demonstration zur polnischen Militärmission in der Lassenstraße, Grunewald, zu beteiligen: "Wer seine Solidarität mit dem antiautoritären Protest der polnischen Studenten und Arbeiter demonstrieren will, wird aufgerufen, sich am Mittwoch um 17 Uhr am Olivaer Platz einzufinden." Der Demonstrationzug für die polnischen Studenten, die laut dpa "im Namen von Sozialismus und Demokratie" gegen die Regierung protestieren, soll vom Olivaer Platz über den Kurfürstendamm, die Halenseebrücke und den Bismarckplatz zur polnischen Militärmission in der Lassenstraße, Grunewald, führen. Dort soll der Brief offiziell überreicht werden. Die Demonstranten werden rote Fahnen mitführen. Gestern ist ein Antrag auf Genehmigung des Protestmarsches beim Polizeipräsidenten gestellt worden.

AUSSERPARLAMENTARISCHE OPPOSITION: BRIEF AN CYRANKIEWICZ

Die Studentenvertretungen der Berliner Hochschulen, der Republikanische Club, Die Falken sowie die Studentenorganisationen GSG und SHB haben einen offenen Brief an den Ministerpräsidenten der Volksrepublik Polen, Josef Cyrankiewicz, gerichtet. Der Brief hat folgenden Wortlaut:

"Sehr geehrter Herr Ministerpräsident!

Die außerparlamentarische Opposition in Westberlin, die sich im Kampf gegen den amerikanischen Imperialismus und den Herrschaftsapparat des Spätkapitalismus zusammengefunden hat, solidarisiert sich mit dem antiautoritären Protest der polnischen Studenten und Arbeiter. In der Volksrepublik Polen ist das Privateigentum an industriellen Produktionsmitteln abgeschafft und eine Restauration des Kapitalismus ausgeschlossen. Deshalb muß die polnische Gesellschaft dem einzelnen mehr reale Freiheit gewähren als im Kapitalismus denkbar ist. Wenn eine selbtherrliche und engstirnige Bürokratie die Ausdehnung gesellschaftlicher Selbstverwaltung und damit die Erweiterung der Freiheit verhindern, ist Widerstand notwendig. Wir protestieren dagegen, daß die Regierung der Volksrepublik Polen kommunistische Studenten durch brutalen Polizeieinsatz und Schnellgerichte unterdrückt."

SPD-LANDESVORSTAND: "RISTOCK UND BECK SIND DIE NÄCHSTEN"

Im rechten Flügel des Landesvorstands besteht eine feste Absprache, auf der morgigen Sitzung die Stadträte Ristock und Beck sowie zwei andere bekannte Linke aus der Partei auszuschließen. Damit will man den SPD-Parteitag in Nürnberg vor vollendete Tatsachen stellen. Inzwischen hat der Landesvorstand der Berliner Falken in einer ersten Stellungnahme gegen den Sofort-Ausschluß der Falken-Funktionäre Beinert, Bischoff, Schrankel und Soukup scharf protestiert. Auf einer außerordentlichen Funktionärskon-

ferenz sollen morgen um 19 Uhr im Jugendheim Zillestrasse in Charlottenburg weitere Maßnahmen beraten werden. Die Falken-Funktionäre hatten in einem Offenen Brief nach der Anti-Studentenkundgebung dem Senat vorgeworfen, das faschistische Potential der Stadt mobilisiert zu haben (EXTRA-Dienst 18/II).

Der Ausschluß des Vorsitzenden der Abteilung IV der SPD in Charlottenburg, Jürgen Gerull, erfolgte ebenfalls wegen eines Briefes - und zwar an die "Berliner Stimme". Mit diesem Brief haben sich inzwischen zahlreiche SPD-Mitglieder vollinhaltlich einverstanden erklärt. Es hieß darin, daß Schütz und Neubauer "im Ablenken von eigener Unfähigkeit" bereit gewesen wären, "diese Stadt in ein furchtbares Blutbad zu stürzen."

Die Solidaritätserklärung hat folgenden Inhalt: "Wir solidarisieren uns mit den vom Landesvorstand der SPD ausgeschlossenen Genossen und unterstützen den Wortlaut des Briefes des Genossen Jürgen Gerull. Wer nach einer Politik, wie sie vom Berliner Senat und vom Landesvorstand der SPD in den letzten Wochen betrieben worden ist, innerparteiliche Kritik mit Ausschluß bestraft, entlarvt sich als Verfechter autoritärer Parteidisziplin. Wir hoffen, daß der Bundesparteitag der SPD solchen Praktiken, die unserer Partei die demokratische Glaubwürdigkeit vollends rauben werden, begegnet und die Ausschlüsse rückgängig macht."

Man rechnet, daß bis morgen etwa 50 Sozialdemokraten diese Erklärung unterzeichnen werden. Listen liegen im SHB-Heim, Berlin 37, Sven-Hedin-Strasse 44, aus. Die ersten zwanzig Unterzeichner, unter ihnen viele junge Parteimitglieder, rechnen damit, möglicherweise ebenfalls ausgeschlossen zu werden.

Auch in der SPD-Fraktion des Abgeordnetenhauses gärt es: Man erwägt, drei Fraktionsmitglieder, die am Vietnam-Marsch teilgenommen haben, nicht mehr bei internen Sitzungen zuzulassen. Für diesen Fall haben andere Fraktionsmitglieder, unter ihnen Ex-Senator Büsch und der Abgeordnete Vortisch, ihre Absicht erklärt, ebenfalls demonstrativ fernzubleiben.

FDP-FRAKTIONSCHIEF OXFORD IM RC: BEDAUERN ÜBER BORMS AUSTRITT

Den Austritt William Borms aus dem Republikanischen Club bedauerte der FDP-Fraktionsvorsitzende im Abgeordnetenhaus, Hermann Oxford, am Montagabend in einer Diskussion vor dem RC. Oxford, der von Borms Austritt erst durch die Meldung des EXTRA-Dienst erfahren haben will, sagte wörtlich: "Ich hätte an seiner Stelle nicht so gehandelt, wobei ich nicht verkenne, daß seine Motive sicherlich ehrenhafter Natur sind. Ich kann es nur bedauern, wenn jemand, der in der Politik Verantwortung trägt, sich unter Druck setzen läßt."

Über die - später abgesagte - Beteiligung der FDP an der Senatskundgebung vom 21. Februar erklärte Oxford, sie sei unter dem Druck der Koalitionsfrage zustande gekommen. Der FDP-Vorstand habe William Borm zunächst die Unterschrift empfohlen, weil "natürlich die Frage auf dem Tisch" gewesen sei, "ob an diesem Tage die Koalition zwischen SPD und FDP scheitern würde, weil die Unterschrift unter dem Aufruf verweigert wird."

MITTEILUNGEN DES REPUBLIKANISCHEN CLUBS

FREITAG, 15. 3. 1968, 20 Uhr: Im "Clubgespräch" legt der RC-Arbeitskreis "Westberliner Wirtschaft und Sozialpolitik" seine Arbeitsergebnisse vor.

SONNTAG, 17. 3. 1968, 20 Uhr: "Die Bewußtseinsmauer des Westens". Über dieses Thema spricht der Psychoanalytiker Dr. Hans Kilian, Gründungsmitglied der Humanistischen Union. In dem Vortrag soll versucht werden, ein politisches Programm zu entwickeln, das der besonderen Situation Berlins angemessen ist.

RÜSTUNGSGESCHÄFT: VIETNAM-BOOM FÜR FLUGZEUGFIRMEN

Die immer höher werdende Verlustrate der US-Luftwaffe in Vietnam hat große Flugzeugfirmen an die Spitze der Rüstungsaufträge in den USA noch vor die Raketenfirma gebracht. An erster Stelle steht mit 2,1 Milliarden Dollar die McDonnell Douglas Corporation, die die DC-Serie herstellt. Es folgen General Dynamics (1,8 Mrd Dollar), Lockheed (1,8 Mrd), General Electric (1,3 Mrd) und United Aircraft (1 Mrd Dollar). Auf den

Plätzen 6 bis 10 folgen Boeing (911 Mill. Dollar), North American Aviation (688 Mill.), American Telephon & Telegraph (688 Mill.), General Motors (625 Mill.) und Ling-Tempo-Vought (534 Mill. Dollar). Diese 10 Firmen erhielten rund ein Drittel der Rüstungsaufträge des US-Verteidigungsministeriums. Die Gesamtauftragssumme betrug 1967 39,2 Milliarden Dollar.

INDUSTRIE-WARNDIENST: MOBILISIERUNG DES RUHRGEBIETS ?

Der "Industrie-Warndienst", der im Auftrag deutscher Arbeitgeber erscheint, beschäftigte sich in seiner ersten Ausgabe des Jahres 1968 in seinem vertraulichen Rundbrief mit der "Kampagne für Demokratie und Abrüstung" und der Außerparlamentarischen Opposition. Die Kampagne, heißt es, "entfernt sich immer weiter vom Kampf gegen Atomwaffen... Dagegen verstärken sich die innenpolitischen Akzente... Kurz gesagt, der sog. "Ostermarsch" ist von den entscheidenden Funktionären bis nahe an die Grenze des Antiparlamentarischen gesteuert worden... Wie stark sich erstmals die Leitung fühlt und wie sehr sie mit der Mobilisierung des Ruhrgebietes durch Wirtschafts- und Sozialagitation rechnet, geht daraus hervor, daß für Ostermontag die Westfalenhalle in Dortmund als Ort der Schlußkundgebung gewählt wurde."

OSTERMARSCH 1968: GROSSKUNDGEBUNG IN DORTMUND

Mit einer Großkundgebung in der Dortmunder Westfalenhalle am Ostermontag wird der traditionelle Ostermarsch der Kampagne für Demokratie und Abrüstung in der Bundesrepublik seinen Höhepunkt finden. Auf der Kundgebung werden Rolf Hochhuth, Gerhard Zwerenz und Dr. Arno Klönne sprechen. Prominente Künstler werden auftreten, darunter: Franz-Josef Degenhardt, Hans Dieter Hüscher, Hanns Ernst Jäger, Fasia Jansen, Gisela May, Tom Paxton, Dieter Süverkrüp und das Mangelsdorff-Quintett.

In Westberlin soll der Ostermarsch am Ostersonntag stattfinden und vom Karl-Marx-Platz in Neukölln zum Wittenberg-Platz führen. Wahrscheinlich werden wieder ausländische Gruppen teilnehmen. Bisher ist noch kein Antrag auf Genehmigung einer Marschroute bei der Polizei gestellt worden.

AUSSERPARLAMENTARISCHE OPPOSITION: NEUER JÜDISCHER ARBEITSKREIS

In Westberlin ist am 8. März ein jüdischer Arbeitskreis für Politik gegründet worden, dem vorerst 25 jüdische Bürger - Schüler, Studenten, Angestellte und Arbeiter - angehören. Vorläufige Adresse: 1 Berlin 33, Caspar-Theyß-Str. 18. Die Gründungserklärung hat folgenden Wortlaut: "Das Unbehagen an der politischen Entwicklung in Deutschland kann sich nicht länger als Schweigen manifestieren. Schweigen hieße, den rückläufigen Tendenzen des status quo zuzustimmen. Schweigen hieße, eine Verantwortung zu mißachten, wie sie die Generationen von Dachau als Vermächtnis hinterließen. Der latente Antisemitismus schlägt verstärkt in offene Aggressivität um. Die Emotionalisierung weiter Bevölkerungskreise deckt sich mit der Entdemokratisierung der gesellschaftlichen und politischen Vorgänge. Wenn ein Gespenst umgeht, dann ist es allenfalls das der Restauration. Mit Erschrecken beobachten wir, daß die Sprache des Völkischen Beobachters weiterlebt. Der Jude wird durch sie zum Arier, der Araber zum Juden. So wie hier steigt an vielen Stellen der politischen Realität der neue alte, der verwandelte, der latente Antisemitismus mit gesundem demokratischen Volksempfinden aus dem Massengrab der deutschen Tradition. Neger, Kommunisten, Studenten werden diffamiert, noch ist es nicht opportun, den Juden zu beleidigen. Die Faschisierung jedoch ist nicht mehr mahnende Vergangenheit oder drohende Zukunft, sondern unromantische Gegenwart. Die jüdische Öffentlichkeit in Deutschland ist bisher Teil der passiven Öffentlichkeit. Die allgemeine Gesellschaftskritik findet kaum Widerhall. Der Jüdische Arbeitskreis für Politik ist der Auffassung, daß mit diesem Gebaren gebrochen werden muß. Wir wollen nicht Bewegung um der Bewegung willen. Was wir von uns und anderen verlangen, ist ein klares und öffentliches Engagement. Wir halten nichts von Kritik, die

EXTRA - Dienst Nummer 21/II hat eine verbreitete Auflage von 3 600 Exemplaren

nur kritisiert, was sie unmittelbar selbst betrifft. Moralische Entrüstung kann und darf nie partiell sein. In diesem Zusammenhang beabsichtigen wir, mit der außerparlamentarischen Opposition zusammenzuarbeiten, - betrachten wir uns selbst als ein Teil dieser Opposition. "

JÜDISCHER ARBEITSKREIS: OFFENER BRIEF AN LÜBKE

Der jüdische Arbeitskreis für Politik richtete an den Bundespräsidenten, Dr. Heinrich Lübke, einen offenen Brief mit folgendem Inhalt: "Am 1. März 1968 haben Sie in einer öffentlichen Ansprache Stellung genommen zu den gegen Sie erhobenen Vorwürfen, im Dritten Reich als Mitglied der Baugruppe Schlempp aktiv an der Konzeption von KZ-Bauplänen beteiligt gewesen zu sein. Durch diese Vorwürfe ist nicht nur Ihrem Ansehen, Herr Bundespräsident, sondern auch dem der Bundesrepublik Deutschland ein schwerer Schaden zugefügt worden. Wir sind der Ansicht, daß die schwerwiegenden Vorwürfe ausschließlich gegen Ihre politische und moralische Integrität als Funktionsträger des höchsten Amtes in der BRD gerichtet sind. Angesichts dieser Anschuldigungen befremdet uns die Tatsache, daß Sie und die Bundesregierung sich hartnäckig weigern, gerichtliche Schritte gegen die vermeintlichen Verleumder einzuleiten. Ihre öffentliche Rede, die Loyalitätserklärungen seitens der Bundesregierung und der beiden großen Koalitionsparteien haben es nicht vermocht, den Veröffentlichungen über Ihre Tätigkeit im NS-Deutschland Einhalt zu gebieten. Der mißglückte Versuch des stellvertretenden Regierungssprechers Ahlers und der CDU, das Auftreten des Chefredakteurs des "Stern", Henri Nannen, im "Internationalen Frühschoppen" zu verhindern, hat das Mißtrauen und die Mutmaßungen über Ihre bislang noch ungeklärte politische Vergangenheit noch verstärkt. Deshalb ersuchen wir Sie eindringlich, diese für die Gesamtheit des deutschen Volkes unerträglichen Vorwürfe durch ein ordentliches Gerichtsverfahren klären zu lassen. Es bleibt sonst bei der Feststellung: Solange keine gerichtliche Untersuchung erfolgt ist, wird ein tiefes Unbehagen bei allen politisch verantwortungsvoll Denkenden hinsichtlich der Glaubwürdigkeit der gesamten politischen Führung der BRD fortbestehen. "

EXTRA-DOKUMENTATION

LÜBKE: "SEIN ODER NICHTSEIN"

EXTRA-Dienst bringt in dieser Nummer weitere Dokumente aus Lübkes Vergangenheit. Auf Seite 5 veröffentlichen wir Teile aus einer Besprechungsniederschrift über die Besichtigung des "Wohnlagers Leau" und der unterirdischen Baustätten für Rüstungsbetriebe. Auf der Anwesenheitsliste wird "Dipl. -Ing. Lübke" als Vertreter des "Ing. Büro Schlempp" an erster Stelle erwähnt. Gleich nach ihm kommt der nicht minder belastete Architekt Sander, heute ein "Kronzeuge" des Bundesinnenministeriums für Lübkes Unschuld. Nachdem vorweg erwähnt wird, "daß die Arbeiten nunmehr auf breitester Front sichtbare Fortschritte machen". "In der Reihenfolge der durchgeführten Besichtigung" war das "Wohnlager Leau" der erste Punkt: "Festgelegt wurde, daß das Lager unterteilt wird für a) 1000 KZ-Männer, b) 1000 KZ-Frauen, c) 500 Ausländer." Weiter unten heißt es unter diesem ersten Punkt: "Um die Rampenhöhe nicht auffüllen zu müssen, schlägt Herr Lübke vor, ein Kellergeschoß unter dem Bau zu schaffen..." Im Verteiler der Protokoll-Ausfertigungen steht wieder "Dipl. -Ing. Lübke" vor Sander an erster Stelle. Auf der folgenden Seite dokumentiert EXTRA-Dienst ein Schreiben vom 4. Oktober 1939 der Baugruppe Schlempp, damals noch in Berlin tätig, an den "Herrn Generalbauinspektor für die Reichshauptstadt", die damalige vorgesetzte Behörde Schlempps: Darin wird auch für Lübke, angeblich ein Nazi-Verfolgter, ein Sonderausweis als "Austausch gegen vorhandenen kleinen Ausweis Nr. 918" beantragt mit dem Hinweis: "Er ist für vorrangige Aufgaben im Reichsinteresse eingesetzt. Ihm ist daher jede mögliche Unterstützung zu gewähren." Auf den Seiten 7 und 8 dokumentieren wir die Erklärung des Bauingenieurs Ernst Tomischka, der als Angestellter der Baugruppe Schlempp mit den Kernsätzen: "Ich erinnere mich, daß Herr Lübke, als ich ihm bei einer Inspektion die Schwierigkeiten vortrug und dabei auf den gesundheitlichen Zustand der KZ-Häftlinge aufmerksam machte, antwortete, es gehe hier um Sein oder Nichtsein des Reiches."

17 Ausführungen
Beh. Kommandofache
4. Ausführung

Besprechungs - Niederschrift

betr.: Leopard
Besichtigung der gesamten Anlagen im Ober-, Kriegerhaus
und Wehnlager am 4.9.1944

Anwesend: Vom Ing.-Büro Kerschapp - Dipl. Ing. Lübke,
Arbit. Sander,
Bauret Block,
Arbit. Böcker,
" Voilner,
Ing. Hill.

Vom A 0 - Obering. Schmitzke,
" Geule,
Ing. Steinbach,
Ing. Kahlberg

Vertrag sei erwähnt, dass die Arbeiten nunmehr auf breiter Front sichtbare Fortschritte machen. In der Reihenfolge der durchgeführten Besichtigung sind folgende Punkte festzuhalten:

1.) Wehnlager Leau

Festgelegt wurde, dass das Lager unterteilt wird für

- a) 1.500 Kz-Männer,
- b) 1000 Kz-Frauen,
- c) 500 Ausländer.

Eine Holzbaracke war bereits erstellt, drei weitere werden im Laufe der Woche stehen, die übrigen Baracken werden im Rahmenwerk erstellt und so beschleunigt, dass die jetzt im Zelt untergebrachten Kz-Häftlinge allersechnellsten nach Leau kommen.

Um die Raspenhöhe nicht auffüllen zu müssen, schlägt Herr Lübke vor, ein Kellergeschoss unter dem Bau zu schaffen, der als Garderoben- und Waschküche angeschlossen wird.

5.) Gelände um Aufzug 1 und 2

Der Lageplan L 1197 wurde vorgelegt. Die vorgesehenen Bauten können wie geplant zur Aufstellung herbeigebracht wird, ob für Raum 36 (Vergand) der Typ "Pferdestall-Baracke" Verwendung findet (das wäre die gleiche Ausführung wie im Werk 5, nur 2 Baracken hintereinander).

6.) Leopard 3

Die gesamte Strecke vom Aufzug 1/2 nach Leopard 3 ist auf die erforderliche Höhe und Breite nachgeschossen. Die Gleise werden bereits verlegt. Ing.-Büro Schlempp wurde besonders darauf aufmerksam gemacht, dass die Verlegung der Gleise genuestens nach unserem Einrichtungsplan bzw. Gleisplan erfolgen muss. (In Leopard 2/Raum 2 Doppgleis)

Gesamtplanung

Verteiler:

Ing. Büro Schlempp - Dipl. Ing. Lübke,
" " - Arbit. Sander,
Deutsche Selvag-Werke - Bergwerk-Knauth.

Geschäftsführung,
Werksbeauftragter,
Firmenvertr. d. Lagerstab,
Dir. Keller,

Der Generalbauinspektor
für die Reichshauptstadt

Berlin SW 2, Dan...
Postfach 4
Tel: 11 7861

Bellevuestr. 5 a
Ruf 22 47 37

An den Herrn Generalbauinspektor
für die Reichshauptstadt

Berlin W 8

Pariser Platz 4

Nachstehend übermittle ich Ihnen die Angaben über die
Personen, die mit der Bearbeitung der vom Herrn Generalbauinspektor an mich übertragenen Bauaufgaben für die
Stungsindustrie beschäftigt sind.

1. Schlempp Walter, geb. 3.6.1905 in Freiburg i/Breg.
Beruf: Dipl. Ing. selbst. Architekt
Wohnung: Berlin-Schmöckwitz, Weiselpfad 6
Wehrpaßnummer: -----
Wehrverhältnis: ----- noch nicht gemustert.
Wehrbezirkskommando: Bln-Neukölln, Lahnstr. 78
Kein Arbeitsbuch.
2. Lübke, Heinrich, geb. 14.10.1894 in Enkhausen/Arnsberg
Beruf: Verm. Ing.
Wohnung: Berlin-Marienfelde, Emilienstr. 16
Wehrpaßnummer: Berlin VII 94-R.6.a.K.-622.
Wehrverhältnis: Hptm.d.R.
Wehrbezirkskom.: VII Berlin, Krausenstrasse.
Arbeitsbuchnummer 40/1397346 A.-25 a
3. Riwalsky, Gerhard, geb. 25.12.1911, Berlin-Tempelhof.
Beruf: Architekt
Wohnung: Berlin-Neukölln, Okerstr. 20
Wehrpaßnummer -----
Wehrverhältnis ----- aus der Wehrüberw.
17. Mai 1938
Wehrbezirkskom.: Neukölln

Ausweise mit dem Zusatz:

• Ist Angehöriger meiner Dienststelle. Er ist für vordringliche Aufgaben im Reichsinteresse eingesetzt. Ihm ist daher jede mögliche Unterstützung zu gewähren."

1. Graef, Carl-Albert, Architekt, Bln-Marienfelde, Wagemannstr. 26 • 158 ✓
2. Bremer, Hajo, Berlin SW 68, Markgrafenstr. 17 159 ✓
3. Lübke, Heinrich, Ing. Bln-Marienfelde, Emilienstr. 16 918 ✓

No. 3 Austausch gegen vorhandenen kleinen Ausweis Nr. 918.

E r k l ä r u n g

Ich bin von Beruf Bauingenieur. Ich kenne Herrn Lübke persönlich gut. Ich war Angestellter der Baugruppe Schlemp. Herr Lübke war mein Vorgesetzter. Seit 1938 arbeitete ich als technischer Angestellter des Heeresneubaumates in Keenmünde. Mitte 1941 wurde die Baugruppe Schlemp gegründet, und in diese Dienststelle wurde auch ich versetzt.

Die Baugruppe Schlemp unterstand zunächst dem Heeresrüstungsamt und danach dem Reichsluftfahrtministerium. Ihre Aufgabe war der beschleunigte Ausbau von zentralen Rüstungsunternehmen. Ihr Leiter war der Architekt Schlemp, und Heinrich Lübke war sein Stellvertreter.

Im Laufe der Kriegsjahre erweiterten sich die Aufgaben und Kompetenzen der Baugruppe Schlemp. Sie wurde verantwortlich für den Neu- und Wiederaufbau bedeutender Rüstungsbetriebe, speziell für die Luftwaffe, im gesamten damaligen Reichsgebiet. Seit 1943 hatte sie ihren direkten Sitz im Reichsluftfahrtministerium in Berlin.

Herr Schlemp war fast ständig mit Aufgaben im Ausland betraut. Die Aufgaben des Leiters wurden hauptsächlich von Herrn Lübke wahrgenommen, und zwar während der ganzen Zeit der Existenz der Baugruppe Schlemp.

Ich hatte ständig mit Herrn Lübke zu tun. Von ihm stammten die Aufträge für meine Arbeiten in Keenmünde und später beim Wiederaufbau der zerstörten Messerschmitt-Werke in Augsburg. 1944 wurde ich - wiederum auf persönliche Weisung von Lübke - nach Neu-Staßfurt versetzt.

Durch meine Tätigkeit in Neu-Staßfurt wurde mir bekannt, daß Lübke nicht nur direkt mit General Dornberger im Reichsluftfahrtministerium, sondern auch unmittelbar mit dem Reichssicherheitshauptamt der SS zusammenarbeitete.

Ich bestätige, daß Herr Lübke persönlich die Weisung zum Bau der unterirdischen Rüstungsanlagen in den abgebauten Lagerstätten des Salberzwerks Neu-Staßfurt erteilte.

Ich bestätige, daß Herr Lübke persönlich den Bau des Konzentrationslagers Neu-Staßfurt verfügte, ebenso den Bau des Zwangsarbeitslagers in Wolmiraleben.

Außerdem plante Herr Lübke ein Frauenkonzentrationslager für 400 Häftlinge, was jedoch nicht mehr realisiert werden konnte.

Ich bestätige, daß es sich bei den hier vorgeführten Dokumenten um die Original-Bauzeichnungen für die Errichtung des Konzentrationslagers Neu-Staßfurt und des Zwangsarbeitslagers Wolmiraleben handelt. Die Unterschrift darauf ist die Unterschrift Lübkes. Ich habe diese Zeichnungen damals persönlich in der Hand gehabt.

Nachdem auf Weisung von Lübke die Bauausführung begonnen hatte, führte ich mehrere Verhandlungen mit ihm wegen der Beschaffung der Arbeitskräfte. Weil es sich herausstellte, daß das Bauprogramm in der festgelegten Frist mit den bereitgestellten Arbeitskräften nicht zu bewältigen war, setzte ich wiederholt Lübke davon mündlich und schriftlich in Kenntnis. Darauf erhielt ich von Lübke die Mitteilung, daß in Absprache mit mir nicht bekannten Dienststellen beim "Reichsführer SS" Häftlinge aus dem Konzentrationslager Buchenwald, die ursprünglich nur unter Tage in der Rüstung arbeiten sollten, auch zum Auf- und Ausbau des Konzentrationslagers und anderer Objekte eingesetzt werden sollten. Und das geschah dann.

Herr Lübke trug die unmittelbare Verantwortung für das Objekt Neu-Staßfurt ebenso wie für die gleichartigen Objekte Marienborn-Helmstedt, Bernburg-Baalberge, Hörter bei Salzgitter und Hedmersleben.

Herr Lübke verlangte und erhielt monatliche schriftliche Berichte über den Fortgang der Arbeiten und erschien in Neu-Staßfurt in unregelmäßigen Abständen von ein bis zwei Monaten unangemeldet zu

persönlichen Kontrollen. Ich erinnere mich an sieben bis acht derartige Inspektionen, bei denen sich Lübke eingehend über das Fortschreiten aller Bauarbeiten informierte. Lübke ließ sich über alle Schwierigkeiten und Vorkommnisse berichten, auch hinsichtlich des Einsatzes der Arbeitskräfte einschließlich der KZ-Häftlinge. Für terminliche Verzögerungen zeigte er keinerlei Verständnis und verlangte immer wieder und energisch größere Anstrengungen. Ich erinnere mich, daß Herr Lübke, als ich ihm bei einer Inspektion die Schwierigkeiten vortrug und dabei auf den gesundheitlichen Zustand der KZ-Häftlinge aufmerksam machte, antwortete, es gehe hier um Sein oder Nichtsein des Reiches.

Seit Dezember 1944 hatte Herr Lübke wegen der verstärkten Bombenangriffe auf Berlin seinen Antsitz auf das Gelände des Objektes in Baalberge-Bernburg verlegt. Dort traf ich mit ihm noch einige Male zusammen.

Ich bedaure tief, daß auch ich meine Hand und meine Fähigkeiten dazu hergegeben hatte, um Bauten für diejenigen zu errichten, die unser Volk und die Völker der Welt ins Unglück stürzten.

Von meinem Verhältnis zu den Häftlingen in Neu-Staffurt zeugt die Tatsache, daß beim Zusammenbruch des Hitlerreiches, als die Häftlinge die SS-fachmannschaften überwältigt und beseitigt hatten, ich mit ihnen gemeinsam erste Schritte zur Hilfe und Betreuung einleiten konnte und durfte.

Seit dieser Zeit arbeite ich in diesem Gebiet und in meinem Beruf ehrlich als Bauhandwerker. Ich habe ein neues Leben begonnen.

Was heute hier über Herrn Lübke gesagt wurde, ist wahr. Ich weiß es aus persönlichen Kenntnis. Daß dieser Mann an der Spitze des westdeutschen Staates stehen kann, ist mir unbegreiflich. Das ist schlecht für Deutschland.

Staffurt, den 14.2.66 Ich versichere, daß ich vorstehende Angaben freiwillig und ohne Zwang gemacht habe:

Ernst T o m i s c h k a , geb. 21.8.1906
Löderburg, Gänsefurther Straße (Neubau)

Ernst Tomischka

Vorstehende, vor mir gefertigte Unterschrift des Bau-Ingenieurs Ernst T o m i s c h k a - geb. am 21. August 1906 - wohnhaft in Löderburg, Gänsefurther Str. - Neubau - ausgewiesen durch den Deutschen Personalausweis VII 0908562 - wird hiermit beglaubigt.

Staffurt, den 14. Februar 1966
Staatliches Notariat

W. W. W.
Notar

1 BR 30/66

GRIECHENLAND: BERICHTE UND BRIEFE AUS KZ UND GEFÄNGNIS

Nachdem EXTRA-Dienst schon in Nummer 17/68 einen Bericht über Folterungen politischer Häftlinge in Griechenland veröffentlicht hatte, den eine Untersuchungskommission der Amnesty International verfaßte, bringen wir heute den Brief eines griechischen Jungen und eines Widerstandskämpfers sowie die Berichte eines französischen Journalisten und eines griechischen Arztes, der die KZ-Insel Jaros besucht hatte.

BRIEF AUS DEM ERZIEHUNGSLAGER

Außer den Konzentrationslagern für politische Häftlinge existieren, u. a. in der näheren Umgebung von Athen, sog. Erziehungslager für Kinder, deren Eltern aus politischen Gründen verfolgt werden. Folgender Bericht eines griechischen Jungen erreichte das freie Europa mit Hilfe der Widerstandsorganisationen:

"Sie verhafteten meinen Vater und mich, als wir aus dem Dorf nach Athen kamen, um etwas zu erledigen. Meinen Vater sah ich nicht wieder. Mich verfrachteten sie in einen geschlossenen Lastwagen, der sonst dem Transport von Fleisch diente. Nach ca. einer Stunde luden sie mich in einer verlassenen Gegend wieder ab. Ich dachte: "Jetzt ist es aus! Hier bringen sie dich um!" Ich bat sie, wenigstens meine Mutter zu verschonen; sie sei nun ganz allein und müsse so viel arbeiten. Doch sie lachten nur, zogen mich an den Ohren und an der Nase, schlugen dann mit fünf Mann auf mich ein und warfen mich sich einander zu wie einen Ball. Am nächsten Morgen gossen sie schmutziges Wasser auf mich, damit ich aufwache. Ich fror und mein Kopf schmerzte. Wir waren etwa dreihundert Kinder im Alter von 15 bis 20 Jahren. Vielleicht waren wir auch mehr. Unsere Zelte waren gruppenweise aufgeteilt, und wir durften nicht zu den anderen Zelten gehen. So kann ich nur sagen, was ich von weitem sah. Sie gaben uns Blechtassen mit heißem Tee. Nach der Teeverteilung jagten uns die Männer der ESA (griech. Militärpolizei - d. Red.) im Lager herum. Wir mußten den Tee trinken und darauf achten, daß nichts auf den Boden verschüttet wurde. Sonst müßten wir die nasse Erde aufessen, sagten sie uns. - Nach dem Tee tönte es aus dem Lautsprecher: Vorwärts, zum Gebet. Der Lautsprecher betete vor. Danach wieder der Lautsprecher: "Vorwärts, legt Euch in Dreierreihen nieder! - Ihr seid doch die Zukunft Griechenlands. Was tat der Kommunismus Griechenland an?" Und während man nachdachte, was der Kommunismus Griechenland antat, fielen die ESA-Männer mit Rohrstöcken über uns her, und wir wurden windelweich geschlagen. Dann wieder die Frage des Lautsprechers: "Was tat Papandreu dem Vaterland an?" Man wurde wieder geschlagen. Der "Unterricht" dauerte bis 11 Uhr. Darauf folgte die Lektion über Herrn Papadopoulos (Premierminister, "starker Mann" der Junta, d. Red.). Er habe Griechenland vor Papandreu und der EDA gerettet, die es den Bulgaren ausliefern wollten. - Mittagessen bekam, wer laut und deutlich das Lied "Was suchendie Bulgaren in Mazedonien, Bulgaren raus!" sang. Ich kannte das Lied nicht und mußte drei Tage hungern, bis ich es gelernt hatte. Am Nachmittag gingen wir zur "Schule" in eine Wellblechbaracke. Dort saß ein schnauzbärtiger Lehrer, der eines der Kinder über die "Nationale Regierung" und das Vaterland fragte. Anschließend mußte jeder laut rufen: "Mein Vater ist ein Verräter des Vaterlandes und ich distanziere mich von ihm! Diejenigen, die sich weigerten das zu sagen, mußten die ganze Nacht, getrieben von den Rohrstöcken der Soldaten, laufen. Die meisten Jungen begannen schon zu weinen, sobald sie vom Lehrer aufgerufen wurden. Viele konnten sich einfach nicht überwinden zu sagen: "Unser Vater ist Herr Papadopoulos!" - Als sie uns spät in der Nacht mit den Rohrstöcken im Lager umhertrieben, gelang es mir, mich hinter einem Baum zu verstecken. Ich sagte mir: Dimitri, es ist besser, sie töten dich, als daß du noch länger hier bleibst. Ich biß die Zähne zusammen und kroch unter dem Stacheldrahtzaun hindurch, wobei ich mir Gesicht, Arme und Beine blutig riß. Aber wo sollte ich mich jetzt verstecken? Das Lager liegt in Dionysos, 20 Kilometer entfernt von Athen.

EIN JOURNALIST BERICHTET

Der französische Journalist Claude Angevin besuchte Griechenland und sprach mit ehemaligen Gefangenen. Dieser Auszug aus seinem Bericht und der darauf folgende Brief, der aus den Arrestzellen der Athener Sicherheitspolizei herausgeschmuggelt wurde, geben ein Bild davon, welche Mittel die griechische Sicherheitspolizei gegen die gefangenen Patrioten anwendet, um von ihnen Aussagen oder ihre Unterschrift unter eine Loyalitätserklärung zu erpressen.

"..... Bei jeder Verhaftung pflegen die Häscher des Regimes das gleiche Szenario zu benutzen. Sie täuschen dem bis auf die Haut entblößten Gefangenen eine Hinrichtung vor. Um dies möglichst naturgetreu zu gestalten, schießen sie dabei mit Platzpatronen. Im Stockwerk über der Zelle von Mikis (Mikis Theodorakis, der Bericht wurde vor seiner Freilassung geschrieben - d. Red.) zwangen sie gefangene Mädchen, den Folterungen nackter Männer beizuwohnen. Sie schlagen dabei die Gefangenen auf die empfindlichsten Körperteile, sie verrenken ihnen die Gelenke, bis die Gemarterten vor Schmerz bewußtlos werden. Um die Schmerzen zu vergrößern, werden Fuß- und Kniegelenk gleichzeitig mißhandelt und verrenkt, während ein Beamter der Junta, auf den Hüften des Gefangenen sitzend, ihn bewegungsunfähig macht. Häufig werden die Kniegelenke für immer steif bleiben, da die Kniescheiben gebrochen wurden.

Eine ältere Frau, die mangels Beweise freigelassen wurde, erzählte mir, in welcher Weise die Untersuchung vor sich ging. Da ihre Antworten den Erwartungen der Polizeibeamten nicht entsprachen, schlug ihr ein untergeordneter Beamter ins Gesicht, während sein Vorgesetzter, Sicherheitspolizeidirektor Lambrou, ihn "zurecht"-wies: "Wie können Sie es wagen, so etwas zu tun?" Man fragte und schlug sie wieder, und Lambrou sagte erbot: "Werden Sie nun gehorchen? Ich sagte Ihnen schon, daß ich das nicht mag!" Dies wiederholte sich mehrmals, bis die Beamten sicher waren, daß sie von der Frau nichts erfahren konnten....."

BRIEF EINES PATRIOTEN

"Liebe Freunde!

Die Folterungen in der Asphalia (Sicherheitspolizei, - d. Red.) werden immer bestialischer. Ich will Euch einige Beispiele nennen: Unter den Patrioten, die am 18. Oktober in Athen dem Militärgericht vorgeführt wurden, befanden sich auch die Zyprioten Dimitriou und Mavroskoufis, beide ehemalige Mitglieder der EOKA (zyprische Widerstandsorganisation gegen die britische Kolonialherrschaft während des Unabhängigkeitskampfes - d. Red.). Sie waren bei der griechischen Armee für die Fertigung von Bomben ausgebildet worden. Dimitriou stand vor dem medizinischen Staatsexamen, Mavroskoufis ist Diplomphysiker. Während des Prozesses lehnten beide einen Rechtsbeistand ab mit der Begründung, sie schämten sich dessen, was Rechtsanwälte zu ihrer Verteidigung hervorbringen würden. Mavroskoufis war schon während des zyprischen Befreiungskampfes von den Engländern verhaftet und gefoltert worden. Als er von den Beamten der Sicherheitspolizei verhaftet wurde, und seinen von der Folter verunstalteten Freund Dimitriou erblickte, bekam er einen Nervenzusammenbruch; er glaubte, er sei wieder von den Briten verhaftet worden. Die Beamten erkannten, in welchem Zustand er sich befand und sperrten ihn in eine Dunkelzelle, zusammen mit einem anderen politischen Gefangenen. Dieser war geistesgestört! Während der dauernd wiederkehrenden Anfälle schlug er sich den Kopf an der Zellenwand blutig, so daß oft ärztliche Behandlung erforderlich war. Dieser geistesgestörte Gefangene befindet sich trotz seines ernstesten Zustandes, mit Handschellen gefesselt, in Einzelhaft. Eines Nachmittags griff Mavroskoufis einen Wächter an und schrie: "Ihr habt meinen Freund ermordet!" Er wurde sofort auf die "Terrasse" gebracht und gefoltert. "Terrasse" nennen die Gefangenen die Zellen über dem 4. Stockwerk. Dort finden die Folterungen statt. Bevor die Gefangenen gefoltert werden, kommen

sie in Einzelhaft. Von den Einzelzellen werden sie dann auf die "Terrasse" gebracht, meist gegen 2 Uhr in der Nacht, damit keine vorübergehenden Passanten ihre Schreie hören. Aus demselben Grund setzen die Beamten einen Motor in Betrieb, der Geräusche, ähnlich denen eines fahrenden Motorrads, hergibt. Dieses Lautgemisch, Schreie der Gefolterten und das Motorgeheul, durchdringt das vierstöckige Gebäude und erreicht sogar die Einzelzellen im Keller.

Ich muß auch über den Fall ... (der Name des Häftlings wird aus ersichtlichen Gründen nicht erwähnt, - d. Red.) schreiben. Nach der "Behandlung" lag der Gefangene drei Tage bewußtlos in seiner Zelle mit geschwollener Leber und blutendem Rücken. Während der nächsten zwölf Tage erbrach er sich täglich, wobei er vor Schwäche das Bewußtsein verlor. Als er nach 42 Tagen aus der Einzelhaft entlassen wurde, sagte ihm ein Beamter: "Ich dachte, Du würdest das nicht überleben". Die häufigste Art der Folterung geht wie folgt vor sich: Sie bringen den Gefangenen auf einen Tisch und schlagen ihn auf die Fußsohlen; anfangs mit einem Holzknüppel, dann mit einem Brecheisen und anschließend mit einem Holzbrett. Alle Inhaftierten kennen den Fall eines Studenten, der sieben Stunden lang so geschlagen wurde. Viele von der Theodorakis-Affaire wurden in einen Steinbruch geführt, wo man ihnen ihre Hinrichtung vortäuschte. Ein junges Mädchen wurde im Steinbruch ausgezogen, geschlagen und in die Büsche geworfen. Die Mädchen müssen Mißhandlungen überstehen, die man kaum beschreiben kann. Achtzehnjährige Studentinnen werden mit Prostituierten, Dieben und Zuhältern in eine Zelle gesperrt. Sie werden entblößt und in Anwesenheit von vielen Polizeioffizieren geschlagen. Sehr wichtig scheint uns, ob die Weltöffentlichkeit über diese Zustände informiert ist, und, wenn dies der Fall ist, ob sie weiter schweigen wird!
Mit kämpferischen Grüßen".

BERICHT EINES ARZTES

Ein griechischer Arzt besuchte amtlich das Konzentrationslager auf der Insel Jaros. Seinem Bericht, der die griechischen Organisationen des Auslandes erreichte, wurde folgender Auszug entnommen:

"..... Es muß bemerkt werden, daß wegen des Alters der Gefangenen, das durchschnittlich 45 bis 50 Jahre beträgt, der schlechten Ernährung und der physischen Mühen, denen die Lagerinsassen während ihrer Krankheiten ausgesetzt sind, die Gesundheit der Gefangenen sich zusehends verschlechtert. Hepatitis, Leukämie, Krebs, Diabetes, Tuberkulose und Herzerkrankungen malen das Bild des allgemeinen Gesundheitszustandes der Insassen. Von drei schwerkranken Gefangenen: Naphakos, 68 Jahre, krebskrank, Photiadis, 52 Jahre, Myokarditis, Anämie, Magengeschwür, Galanakis, 50 Jahre, herzkrank, wurde verlangt, daß sie eine Loyalitätserklärung unterschreiben, bevor ihr Transport nach Athen genehmigt wurde, obwohl der einschlägige Befehl des Ministeriums für öffentliche Ordnung seit drei Tagen in Jaros vorlag. Da die drei Gefangenen ihre Unterschrift verweigerten, wurde die Überführung immer wieder verschoben, trotz des lebensgefährlichen Zustandes, in dem sie sich befanden....."

Weiter schreibt der Arzt, er habe nicht beobachtet, daß die Lagerinsassen physischer Gewaltanwendung ausgesetzt seien. Die seelische Belastung bezeichnet er aber als "unerhört". Er berichtet weiter, daß die Gefangenen offensichtlich vor der Überführung ins Lager schwer mißhandelt wurden: "Bis Ende Juli 1967, d. h. drei Monate nach ihrer Verhaftung, konnte man auf den Körpern viele Anzeichen von Gewaltanwendung entdecken. Ich glaube aber, daß der seelische Druck stärker und grausamer ist, da er dauernd und methodisch ausgeübt wird....."

Der Innenminister der Junta, Styl. Pattakos, besuchte das Lager auf Jaros. Die Folgen seines Besuches gibt dieser Auszug aus einem Brief inhaftierter Frauen wieder:

"..... Nach persönlichem Befehl des Pattakos werden wir besonders streng behandelt. Wir sind in zwei Räumen des Lagergefängnisses eingeschlossen und dürfen nur drei Stunden am Tag unter Aufsicht heraus....." Nach anderen Berichten handelt es sich um zwei Räume, die für jeweils 60 Personen gebaut wurden. Darin sind 240 Frauen zusammengepfercht!

EXTRA ÜBER UNS

Nachrichten über Nachrichten - unter diesem Motto haben wir gleich dreimal zu Meldungen aus dem EXTRA-Dienst etwas nachzutragen.

Zum ersten: In Nummer 12/II brachten wir einen Bildbericht über die eingestellten Ermittlungen gegen einen Prügel-Polizisten vom 2. Juni. Ebenso wie bei den drei uniformierten Schlägern, die die Staatsanwaltschaft trotz einwandfreien Bildmaterials nicht ermitteln "konnte" und deren Fall nach der Veröffentlichung im EXTRA-Dienst (Nr. 9/II) Furore machte, vermochte man bei der Justiz die Identität des mehrfach fotografierten Beamten nicht festzustellen. "Da konkrete Möglichkeiten weiterer Sachaufklärung nicht mehr bestehen", schrieb der sachbearbeitende Staatsanwalt Dr. Nöldeke dem anzeigenden Studenten, "habe ich das Verfahren mangels Beweises eingestellt". Inzwischen gibt es außer den vorliegenden Fotos eine neue "konkrete Möglichkeit": die Polizei-Nummer des Polizisten. Ein EXTRA-Dienst-Leser hatte sie sich am Tag nach dem 2. Juni an der FU von eben jenem Beamten, den er wiedererkannte und fotografieren ließ, geben lassen, hatte dann aber die Sache auf sich beruhen lassen. Inzwischen hat er die Nummer wiedergefunden. Hier ist sie: 69 329.

Zum zweiten: In Nummer 16/II berichteten wir über den Fall eines BVG-Fahrgastes, der wegen seiner Vietnam-Plakette von einem Schaffner als "Kommunistensau" bezeichnet, ins Gesäß getreten und aus dem Bus gestoßen wurde. Bei einem ähnlichen Fall, in dem ein Sozialarbeiter wegen eines FNL-Abzeichens vom Fahrer eines Einmann-Busses bedroht wurde, gab die Beschwerde der BVG-Direktion Anlaß, "das Tragen der Vietnam- und ähnlicher Plaketten in unseren Fahrzeugen einmal grundsätzlich zu überdenken". Bei der BVG ist man dem Antwortschreiben zufolge keineswegs "gegen das Tragen nicht-verbotener Abzeichen", "solange sich nicht andere Fahrgäste provoziert fühlen" und eine "Gefährdung der Betriebssicherheit entsteht". Im konkreten Fall des angepöbelten Plakettenträgers habe der BVGer lediglich mithelfen wollen, "für Frieden und Ordnung in seiner Heimatstadt" zu sorgen.

Zum dritten: In Nummer 19/II brachten wir ein anonym zugegangenes Anti-SDS-Lachwerk über ein Cry-in sozialistischer Babys. Die amerikanische Agentur AP schmunzelte mit uns und machte ein Feature daraus. Das wiederum las auch Journalist aus Heidelberg und machte große Augen: Eben diesen Baby-Bericht hatte er für die Karneval-Nummer des "Heidelberger Tageblatt" verfaßt. Der Anonymus hatte lediglich abgeschrieben. Der wirkliche Autor, Reinhart Lessner, hat dem unbekanntem Abschreiber aber immerhin ein zusätzliches AP-Honorar zu verdanken.

WITZ DER WOCHE

Beim Ball der Gewerkschaft der Polizei, die nach dem 2. Juni alle Demonstranten zu "Kriminellen" stempelte, gibt es am kommenden Sonnabend in der Tombola eine Studienreise zu gewinnen: Eine Kreuzfahrt zu den griechischen Inseln.

===== bestellschein =====

Ich bestelle den Berliner EXTRA-Dienst ab 1968 bis auf weiteres, mindestens jedoch für drei Monate zum monatlichen Inlandsabonnementspreis von DM 5. 00 (Auslandsabonnement: DM 6. 00; Luftpost-Abonnement Ausland: DM 10. 00). Der Dienst ist zu meiner persönlichen Information bestimmt. Journalistische Auswertung nur nach Sondervereinbarung. Das Abonnement kann jeweils zum 1. eines Monats, jedoch spätestens am 15. des Vormonats, gekündigt werden.

Den Abonnementspreis überweise ich im voraus auf das Konto der Westberliner Zeitungsgesellschaft mbH bei der Bank für Gemeinwirtschaft, Berlin 12, Kontonummer 4712 , (Postscheckkonto der Bank: Berlin West 828 00).

NAME:

WOHNORT: ()

STRASSE:

DATUM: UNTERSCHRIFT: